

Kleingärtner fragen: Wie geht's weiter?

Die Stadt plant eine Neuordnung des Kleingartenwesens – Verband und Vereine fühlen sich nicht mitgenommen

Kiel. In den Kleingärten wird ordentlich geackert. Kartoffel und Kürbis, Rübe und Kohl müssen aus dem Beet. Die Ernte ist gut in diesem Jahr. Nicht ganz so zufrieden sind die ehrenamtlichen Kleingärtner mit der Arbeit der Stadt. „Wir befinden uns in einer ganz großen Hängepartie“, klagt Axel Zabe, der Vorsitzende des größten Kieler Kleingärtnervereins. „Wir wissen nicht, wie es weitergeht, wir kriegen keine Gespräche mit der Stadt Kiel und sind im Unklaren über die Gesamtsituation.“ Die Kritik richtet sich gegen die Verwaltungsspitze der Stadt. Sie war angetreten, den Dauerstreit mit den Kleingärtnern zu schlichten und wollte schließlich das gesamte Kleingartenwesen neu ordnen.

Beides bisher ohne Erfolg: Die Dialoggespräche ruhen seit zwei Jahren, obwohl der Streit über Kontrollgänge und strenge Regelauslegung nie beigelegt wurde. Und der Generalpachtvertrag existiert fort. Die Stadt hatte Anfang des Jahres vorgeschlagen, den Vertrag aufzuheben. Damit hätte sie die Aufgaben des Kreisverbandes selbst übernommen. Darunter die Abwicklung der Pachten, die Unterhaltung der Flächen und die Beratung der Vereine.

Den Vorschlag hatte der Kreisverband aber in einer Mitgliederversammlung abgelehnt. Damit war eine einvernehmliche Lösung gescheitert. Neue Vorschläge sind bisher nicht bekannt. Die Frage, welche Pläne sie nun verfolgt, ließ Stadtsprecherin Kerstin Graupner unbeantwortet: „Stadt und Kreisverband sind bezüglich des Generalpachtvertrages noch im Gespräch“, ließ sie wissen und

widersprach damit der Aussage des Kreisverbandchefs Bernd Vogelsang, der angab, zuletzt im November darüber mit der Stadt verhandelt zu haben. Vogelsang: „Die Zukunft des Kleingartenwesens in Kiel liegt noch im Dunkeln. Die Stadt arbeitet im Untergrund und ohne den Kleingartenverband zu beteiligen.“

Immerhin in einem Punkt gibt es Sicherheit für die 9000 Kieler Kleingärtnerinnen und Kleingärtner in Kiel: Der jährliche Pachtbetrag soll laut Stadt bis Ende 2024 nicht erhöht werden, er bleibe bei 21 Cent pro Parzellen-Quadratmeter und Jahr.

An wen die Vereine künftig ihre Pacht zahlen, ob weiterhin an den Kreisverband als Generalpächter oder direkt an die Stadt, steht derweil noch nicht fest. Bernd Vogelsang, der zuvor zwar in der Gesprächskommission war, aber erst seit einem halben Jahr Chef des Kreisverbandes ist, berichtet, dass der Verband trotz Warteposition wie gewohnt seinen Aufgaben nachgehe. Viel Zeit und Kraft müsse er aber in die alltägliche Zusammenarbeit mit den Ämtern stecken: „Wir haben Schwierigkeiten, mit den Mitarbeitern der Stadt zusammenzuarbeiten. Zu viele Ämter und Unterabteilungen sind beteiligt, die reden nicht miteinander und auch nicht mit uns. Das ist ein unbefriedigender Zustand.“

Wie zäh es aus Sicht der Vereine läuft, beschreibt Axel Zabe: „Wir pflegen den Kieler Grüngürtel seit über hundert Jahren und sind bereit, viel zu machen, aber wir können nicht die Aufgaben der Stadt übernehmen. Man versucht uns immer wieder Flächen zu geben, wo viel Müll abgeladen wird und wo sich Biotope und Wälder befinden, die wir dann auch pflegen sollen. Die Pflichtaufgaben der Stadt, wie die Spülung der Drainagen und die Pflege der öffentlichen Zufahrtswege, bleiben oft liegen.“

Das dürfte die zuständige Stadträtin Doris Grondke anders sehen. Im Mai hatte sie den Bauausschuss darüber informiert, wie viel Geld die Stadt 2021 für die Kleingärtner ausgegeben hat. Größter Posten mit mehr als 357 000 Euro waren Entschädigungszahlungen für 69 Pächter, deren Parzellen wegen städtebaulicher Projekte gekündigt wurden. Jeweils rund 118.000 Euro kosteten die Unterhaltung der Kleingartenanlagen und die Maßnahmen zur Verkehrssicherheit, beispielsweise Baumschnitte. Insgesamt flossen im vergangenen Jahr rund 890 500 Euro in direkte Sachkosten.

„Die Zahlen zeigen, dass sich die Landeshauptstadt umfassend zur Förderung des Kleingartenwesens einsetzt und viele finanzielle Hürden übernimmt, welche die Vereine selbst nicht oder nur mit großer Mühe bewältigen können“, interpretierte die Stadtbaurätin ihre Rechnung. Zwischen den Zeilen ließe sich auch lesen, dass das Kleingartenwesen geändert werden soll, mutmaßt hingegen Vogelsang.

Quellenangabe: Kieler Nachrichten vom 09.09.2022, Seite 28

Von meinem iPad gesendet